

Dürfen die Ärzte überhaupt streiken? Selbstverständlich!



Ende vergangenen Jahres streikte schon das Personal der Wiener Ordensspitäler. Damals ging es um die Kollektivvertragsverhandlungen. APA / Eva Manhart

15.06.2023 um 13:20

von **Köksal Baltacı**



Die Stadt Wien und der Gesundheitsverbund wollen den Streik nicht anerkennen. Das müssen sie auch nicht. Ihre Zustimmung braucht es nicht.

Die Ankündigung der Belegschaft der Zentralen Notaufnahme (ZNA) in der Klinik Ottakring, am 30. Juni für eine Stunde einen Warnstreik abzuhalten, lässt die Stadt Wien und den Wiener Gesundheitsverbund (WiGeV) kalt. „Wir haben aus den Medien von der Ankündigung einzelner Ärztinnen und Ärzte der Klinik Ottakring erfahren. Eine Streikankündigung seitens der Personalvertretung ist uns weder bekannt noch liegt uns eine vor“, heißt es in einer Stellungnahme des WiGeV. „Streiks können nur von der Gewerkschaft bzw. der Personalvertretung durchgeführt werden. Wir gehen

davon aus, dass sich diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter noch mit ihrer zuständigen Personalvertretung akkordieren werden.“

Ähnlich äußerte sich auch Gesundheitsstadtrat Peter Hacker (SPÖ) im „Presse“-Gespräch. Er bezeichnete das Vorgehen der Ärzte als „merkwürdigen Aktionismus“, das „Streikmonopol“ habe in Österreich nun einmal die Gewerkschaft.

Eine Darstellung, der Franz Marhold, stellvertretender Vorstand des Instituts für Österreichisches und Europäisches Arbeitsrecht und Sozialrecht an der Wirtschaftsuniversität Wien, widerspricht. „Für die Zulässigkeit eines Streiks ist nur erforderlich, dass es sich dabei um eine kollektive Aktion handelt, die ein Ziel verfolgt, dessen Regelung im Machtbereich des Arbeitgebers liegt“, sagt er. Eine Kampfkoalition wie jene in der Klinik Ottakring erfülle die Vorgaben einer „koalitionskonformen Betätigung“, der Streik sei somit rechtmäßig und dürfe auch als solcher bezeichnet werden. Konkret sei die Vorgehensweise des ärztlichen Personals, eine Koalition zu bilden, durch den Artikel 11 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) gedeckt, also ein Menschenrecht.

„Politische Argumente“

Der Arbeitgeber könne allenfalls die eine Stunde, in der die Arbeit niedergelegt wird, vom Gehalt abziehen. Ansonsten brauche es für einen Streik nicht die Zustimmung einer kollektivvertragsfähigen Körperschaft wie etwa die Gewerkschaft. „Selbst, wenn es diese Zustimmung brauchte, wäre sie vorhanden, weil der Streik von der Wiener Ärztekammer unterstützt wird. Denn auch sie ist eine kollektivvertragsfähige Körperschaft“, erklärt Marhold. „Dem Arbeitgeber ist es sogar verboten, einzelne kollektivvertragsfähige Körperschaften zu begünstigen.“ Die Stadtregierung würde in die Selbstorganisation der Arbeitnehmer eingreifen, wenn sie den Streik nur dann akzeptieren würde, wenn er mit der Zustimmung der zuständigen Gewerkschaft abgehalten wird. Die Argumente der Stadt Wiener und des Wiener Gesundheitsverbands seien also politische Argumente, keine rechtlichen.

Hinter der Haltung der Gewerkschaft, die sich zur Streikankündigung der Ärzte kritisch geäußert hatte, stecke „die legitime Strategie“, nur jene Kampfmaßnahmen zu unterstützen, die von den eigenen Mitgliedern initiiert werden - auch als Anreiz, der Gewerkschaft beizutreten. Allen anderen werde ein Erfolg im Zuge eines Streiks nicht gegönnt. Die Gewerkschaft hatte sich schon vergangene Woche zu Wort gemeldet. Man habe zwar Verständnis für die Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen, ein Streik zu diesem Zeitpunkt sei aber noch nicht angebracht, hieß es seitens der Youunion (Team Gesundheit). Die derzeit findenden Finanzausgleichsverhandlungen, also die Verteilung des Budgets auf Bund, Länder und Gemeinden, sollten abgewartet werden.

Sperre für Rettung

Der Wigev will im Übrigen nicht nur den Streik nicht akzeptieren, sondern auch die von der Zentralen Notaufnahme beantragte Sperre der Rettungszufahrt ablehnen. „Wir haben bereits Maßnahmen, die in unserem Verantwortungsbereich liegen,

ergriffen und sind weiterhin offen für Gespräche mit der zuständigen Personalvertretung. Einzelne Forderungen der Ärztinnen und Ärzte thematisieren wir selbst regelmäßig“, teilt die WiGeV-Führung mit. „So fordert auch der Wiener Gesundheitsverbund eine gerechtere Verteilung der Rettungszufahrten. Diese sinken in den AUVA-Spitälern (Allgemeine Unfallversicherungsanstalt, Anm.) und den Ordensspitälern seit einigen Jahren und werden vollumfänglich vom Wiener Gesundheitsverbund kompensiert. Nicht zuletzt wird es auch deshalb keine Sperre der Rettungszufahrt in der Klinik Ottakring geben, weil das die Kolleginnen und Kollegen in den anderen Kliniken zusätzlich stark belasten würde.“ Die Patientenversorgung bleibe also „vollumfänglich aufrecht“.

Als „sehr schade“ bezeichnet diese Sichtweise Aglaia Kotal, eine der Sprecherinnen des Streikkomitees in der Klinik Ottakring. Sie ist auch SPÖ-Bezirksrätin in Hernals. Die Personalvertretung sei kein einziges Mal auf die Ärzteschaft herantreten. Auch dann nicht, als die Gefährdungsanzeigen aus der Abteilung öffentlich wurden. Als sie selbst vergangene Woche den Kontakt suchte und den Streik ankündigte, habe die Personalvertretung „pikiert“ reagiert und sei auf dem Standpunkt verharret, dass es die Aufgabe der Ärzte gewesen wäre, früher auf die Personalvertretung zuzugehen. Seither habe sie nichts mehr von ihr gehört. Sie rechne auch nicht mehr mit einer Unterstützung - weder von der Personalvertretung noch von der Gewerkschaft.

Die Sperre für die Rettungszufahrt für die Stunde während des Streiks werde man trotzdem regulär über den Journdienst des Gesundheitsverbunds beantragen. Sollte sie nicht genehmigt werden, verstehe sich von selbst, dass Notfälle dennoch behandelt werden.

„Nähe zur Stadt Wien“

Auch Stefan Ferenci, interimistischer Präsident der Wiener Ärztekammer und Obmann der Kurier der angestellten Ärzte, hält die Rettungssperre sowie den Warnstreik im Allgemeinen für verhältnismäßig. Eine Organisation wie der WiGeV müsse imstande sein, eine zwei Wochen zuvor angekündigte Sperre für eine Stunde zu managen. Solche Sperren würden immer wieder vorkommen, etwa wegen Überlastung oder Wartungsarbeiten. Die fehlende Unterstützung der zuständigen Gewerkschaft sei enttäuschend und nur „mit einer auffallenden Nähe zur Stadt Wien“ zu erklären.

Mehr lesen

[P Wiener Spitäler: Erster Streik seit 2016](#)